

Ergebnisbericht zur
American State Legislator Survey

25.09.2023

Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft geförderten Projektes:
“Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens”

Prof. Dr. Claudia Landwehr
Leonard Häfner, M.A.
Lea Stallbaum, M.A.

Prof. Melody Crowder-Meyer

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Politikwissenschaft
Jakob-Welder-Weg 12, 55099 Mainz
legislatorsurvey@uni-mainz.de

Davidson College
Department of Political Science
Box 7134, Davidson, NC 28035
legislatorsurvey@davidson.edu

Einleitung

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer Befragung zusammen, die Teil des von der Deutschen Forschungsgesellschaft (DFG) geförderten Projektes „Conceptions of Democracy among Political Elites and Citizens“ ist. Das Projekt hat das Ziel, Einstellungen zu und Vorstellungen von der Demokratie in Deutschland und den Vereinigten Staaten zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Abgeordneten zu vergleichen. Nachdem im Vorjahr die Einstellungen von deutschen Abgeordneten untersucht worden waren, wurden in dieser Befragung als nächster Schritt im Projekt die vorherrschenden Einstellungen der US-amerikanischen Abgeordneten auf Staatenebene erhoben.

Methodisches Vorgehen und Repräsentativität der Stichprobe

Die Parlamente der US-Bundesstaaten haben insgesamt 7.386 Sitze, von denen 24 vor Beginn der Befragung vakant waren (Stand: 19. April 2023). Zur Teilnahme an der Befragung waren folglich 7.362 Abgeordnete eingeladen. Diese wurden zwischen dem 26. April 2023 und dem 12. Juli 2023 fünfmal – die Postkartenempfänger sechsmal – kontaktiert (s. Tab. 1), wobei ab dem dritten Kontakt nur noch Abgeordnete angeschrieben wurden, die noch nicht teilgenommen hatten. Ebenso wurden Abgeordnete aus der Liste gestrichen, die eine Teilnahme explizit abgesagt hatten oder deren E-Mail-Postfach in der Zwischenzeit deaktiviert wurde, bspw. aufgrund von Rücktritten. Für den letzten Reminder wurden noch 6.937 Abgeordnete kontaktiert.¹

Tabelle 1: Übersicht über die fünf Kontaktwellen der Befragung.

Kontakt	Datum	Kontaktform	Absender
I	26.04.2023	E-Mail (Testwelle)	Mainz
	02.05.2023	E-Mail an übrige Abgeordnete	
	03.05.2023		
II	09.05.2023	E-Mail	Davidson
	10.05.2023		
III	24.05.2023	Postkartensample (3000)	Davidson
	31.05.2023	E-Mail an übrige Abgeordnete	
		E-Mail an Postkartenempfänger	
IV	14.06.2023	E-Mail	Mainz
	15.06.2023		
V	12.07.2023	E-Mail	Davidson

¹ Eine separate Kontaktaufnahme mit den 535 Abgeordneten des US-Kongress auf Bundesebene war nicht erfolgreich, der vorliegende Ergebnisbericht konzentriert sich daher ausschließlich auf die Befragung der Abgeordneten auf Ebene der US-Bundesstaaten.

Die Online-Befragung wurde am 2. August 2023 geschlossen. Insgesamt sind 411 Abgeordnete unserer Einladung zur Teilnahme an der Umfrage gefolgt. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 5,6%. 50 Abgeordnete brachen die Befragung bereits während der einleitenden Fragen ab. Dies führt schließlich zu einer Stichprobe von 361 Abgeordneten im finalen Datensatz.

Tabelle 2: Übersicht über die Repräsentativität des Samples.

Variable		Grundgesamtheit der State Legislators		Sample	
Partei	Republican Party	4,057	55.1%	168	46.8%
	Democratic Party	3,280	44.6%	190	52.9%
	Independent / Other	25	0.3%	1	0.3%
	N	7,362		359	
Kammer	Repräsentantenhaus o.ä.	5,393	73.3%	269	77.1%
	Senat o.ä. ²	1,969	26.7%	80	22.9%
	N	7,362		349	
Gender	Männlich	4,953	67.3%	296	59.8%
	Nicht männlich	2,409	32.7%	137	40.2%
	N	7,362		361	
Region³	Northeast	1,868	25.4%	109	30.4%
	Midwest	1,743	23.7%	83	23.1%
	South	2,443	33.2%	72	20.1%
	West	1,308	17.8%	95	26.5%
	N	7,362		359	

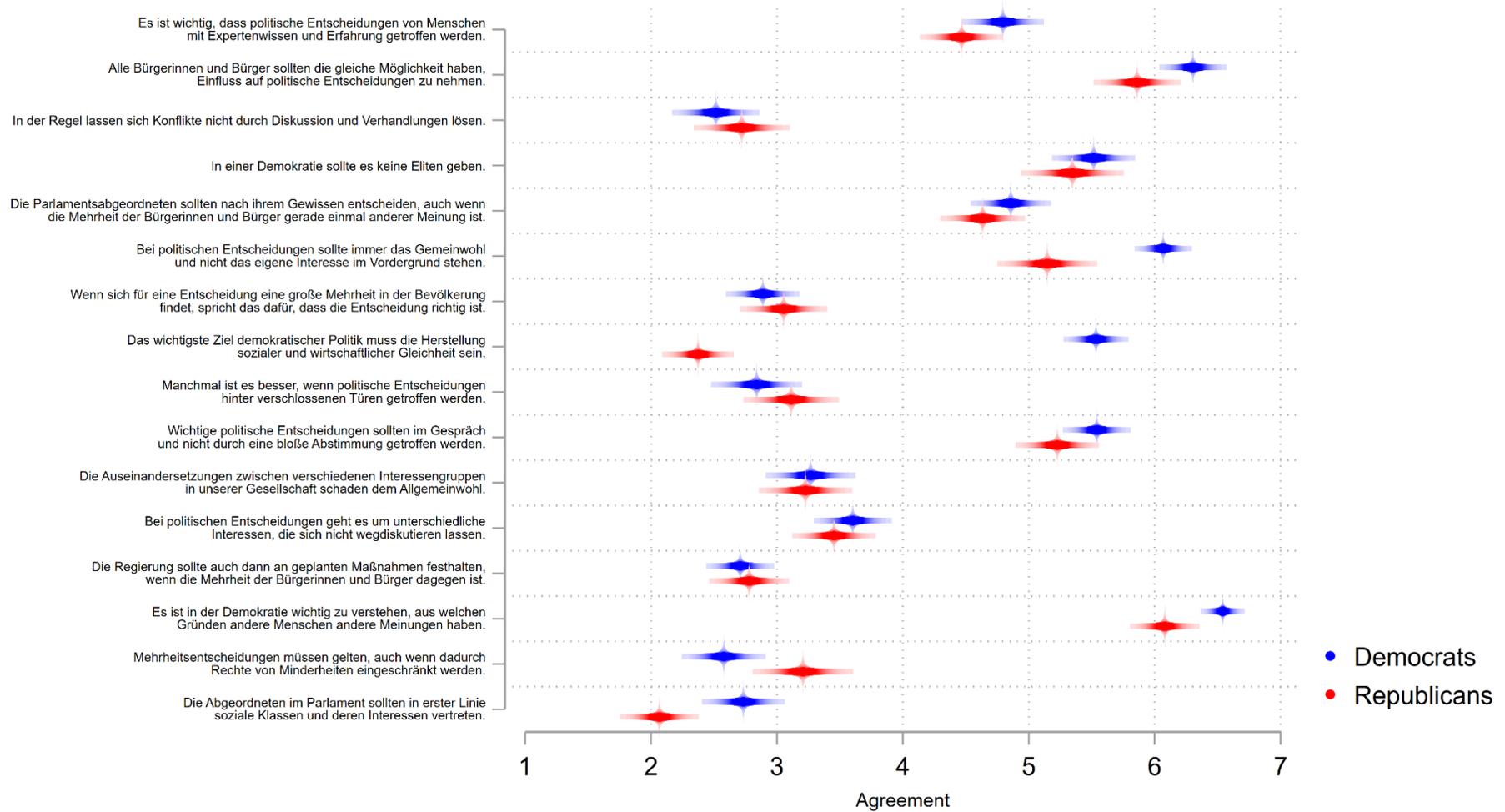
Mit Blick auf das politische Amt und den soziodemografischen Hintergrund der Abgeordneten ist das Sample nur leicht verzerrt (s. Tab. 2). Es befinden sich etwas mehr Demokraten sowie etwas mehr Abgeordnete aus den Unterhäusern der Parlamente im Sample. Des Weiteren sind männliche Abgeordnete unterrepräsentiert, obgleich sie noch immer die deutliche Mehrheit des Samples ausmachen. Mit Blick auf die Region der Abgeordneten zeigt sich eine Überpräsenz von Abgeordneten aus dem Nordosten und dem Westen sowie eine Unterrepräsentation von Abgeordneten aus den Südstaaten. Hier lässt sich ein Zusammenspiel mit der Parteiverzerrung vermuten.

Noch deutlicher werden die Verzerrungen, wenn man unterhalb der Regionen auf die Staatenebene schaut. Alaska, South Dakota, New Hampshire und North Dakota sind mit Response Rates von über 12% deutlich überrepräsentiert, während aus Kalifornien und Louisiana kein einziger Abgeordneter teilnahm. Um den Verzerrungen insgesamt entgegenzuwirken, wurden Gewichte basierend auf Partei, Geschlecht und Region entwickelt.

² Inkl. Nebraskas unikameralem Parlament.

³ Einteilung des US Census Bureau.

Abbildung 1: Durchschnittliche Zustimmung zu den 16 *Conceptions of Democracy* Aussagen.



Deskriptive Ergebnisse

Der Kern dieser Befragung waren 16 Aussagen darüber, was eine Demokratie ausmacht und wie in einer Demokratie Entscheidungen getroffen werden sollten, wobei die Befragten ihre Zustimmung oder Ablehnung auf einer siebenstufigen Likert-Skala ausdrücken sollten. Abbildung 1 bildet die durchschnittliche Zustimmung zu allen 16 Aussagen ab. Dabei zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Aussagen sowie zwischen den Parteien. Am deutlichsten stimmen die Abgeordneten beider Parteien damit überein, dass alle Bürgerinnen und Bürger die gleichen Einflussmöglichkeiten haben sollten und dass es in einer Demokratie wichtig ist, die Meinungen anderer Menschen nachzuvollziehen.

Die größte Differenz zwischen den Parteien tritt bei der Aussage, demokratische Politik müsse die Herstellung sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit bewirken, auf. Bei den republikanischen Abgeordneten erfuhr dieses Item die zweitgrößte Ablehnung, während bei demokratischen Abgeordneten nur drei Items auf mehr Zustimmung trafen.

Überparteilich unbeliebt waren Items, die sich gegen Verhandlungen und Interessenausgleich aussprachen oder die majoritaristische sowie elitäre Einstellungen widerspiegelten. Auch die Idee, dass Abgeordnete in erster Linie soziale Klassen repräsentieren, stieß universell auf Ablehnung.

Des Weiteren wurden die Abgeordneten nach einer Beurteilung des Status Quos und möglicher Alternativen zur repräsentativen Demokratie befragt (s. Abb. 2). Das Festhalten an geltenden Regeln wird in beiden Parteien eher abgelehnt, wobei kein signifikanter Unterschied zwischen den Parteien zu erkennen ist. Auch bei der Einschätzung, wie sehr die eigene Meinung in der Bevölkerung und in den Medien geteilt wird, zeigen sich kaum Unterschiede zwischen den Parteien. Bei der Einschätzung der Integrität von Wahlen zeigt sich zwar eine signifikante Differenz, beide Parteien erzielten aber sehr hohe Zustimmungsmittelwerte.

Interessanter sind die Ergebnisse zu den Alternativen zur repräsentativen Demokratie. Hier stimmen die Demokratischen Abgeordneten durchweg stärker zu als ihre Republikanischen Kolleginnen und Kollegen. Besonders deutlich wird dieser Unterschied bei Beteiligung wissenschaftlicher Expertinnen und Experten. Während dieser Vorschlag bei Demokratischen Abgeordneten auf hohe Zustimmung trifft und populärer als direkte Demokratie ist, liegt die Zustimmung der Republikanischen Abgeordneten im Schnitt nur in der Mitte der Skala, womit dieser Vorschlag der unbeliebteste in dieser Gruppe ist.

Ergebnisbericht zur American State Legislator Survey

Abbildung 2: Durchschnittliche Zustimmung zu den Items bezogen auf prozedurale Präferenzen und Responsivitätswahrnehmungen.

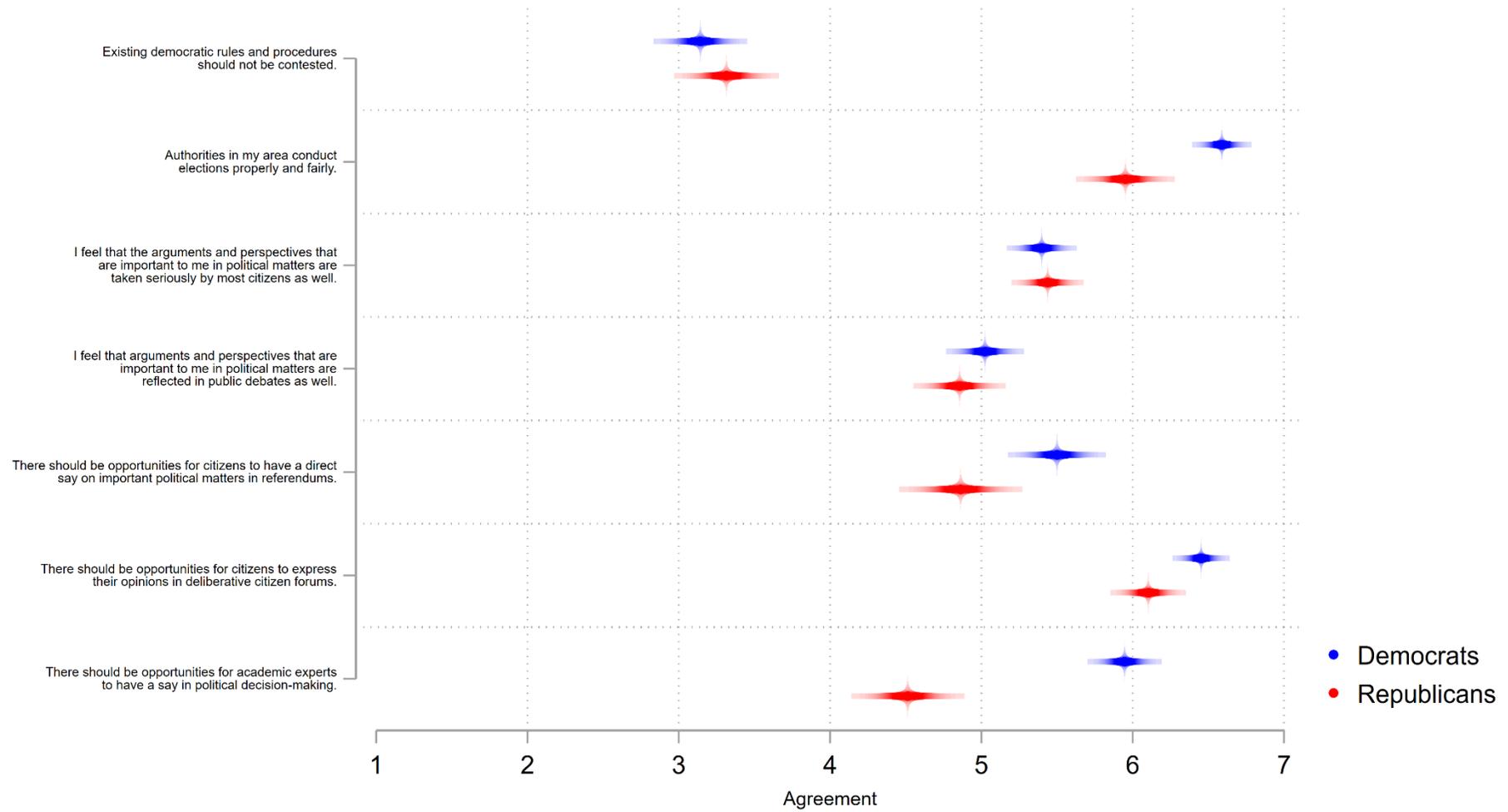


Tabelle 3: Vertrauen darin, dass Abgeordnete anderer Parteien das tun, was für das Land richtig ist (dargestellt nach Parteizugehörigkeit in Prozent).

Vertrauen in andere Partei	Partei		Gesamt
	Demokraten	Republikaner	
1 So gut wie nie	6,40	8,67	7,43
2	19,19	14,67	17,03
3	26,74	20,67	23,84
4	22,09	23,33	22,91
5	13,37	18,67	15,79
6	9,30	9,33	9,29
7 So gut wie immer	2,91	4,67	3,72
N	172	150	323
Mittelwert	3,56	3,75	3,66

Bei der Frage, ob die Abgeordneten ihren Kolleginnen und Kollegen der anderen Partei in der Regel vertrauen oder nicht, hat die Mehrheit der Abgeordneten beider Parteien eine Antwort im mittleren Skalenbereich gewählt. Der Mittelwert der Republikanischen Abgeordneten liegt etwas höher als bei den Demokratischen Abgeordneten, wobei sich die Konfidenzintervalle überschneiden und damit kein statistisch signifikanter Unterschied vorliegt.

Außerdem wurden die Abgeordneten um ihre Einschätzung gebeten, ob die eigene Meinung, die Meinung der Wählerinnen und Wähler oder die Meinung der jeweiligen Partei für das Abstimmungsverhalten eines Abgeordneten entscheidend sein sollte, falls diese Standpunkte im Konflikt miteinander stehen. 301 Befragte beantworteten alle drei Gegenüberstellungen so, dass sich eine Rangfolge der drei Meinungen bilden ließ. Die durchschnittlichen Ränge sind aufgeschlüsselt nach Parteien in Tabelle 4 aufgeführt.

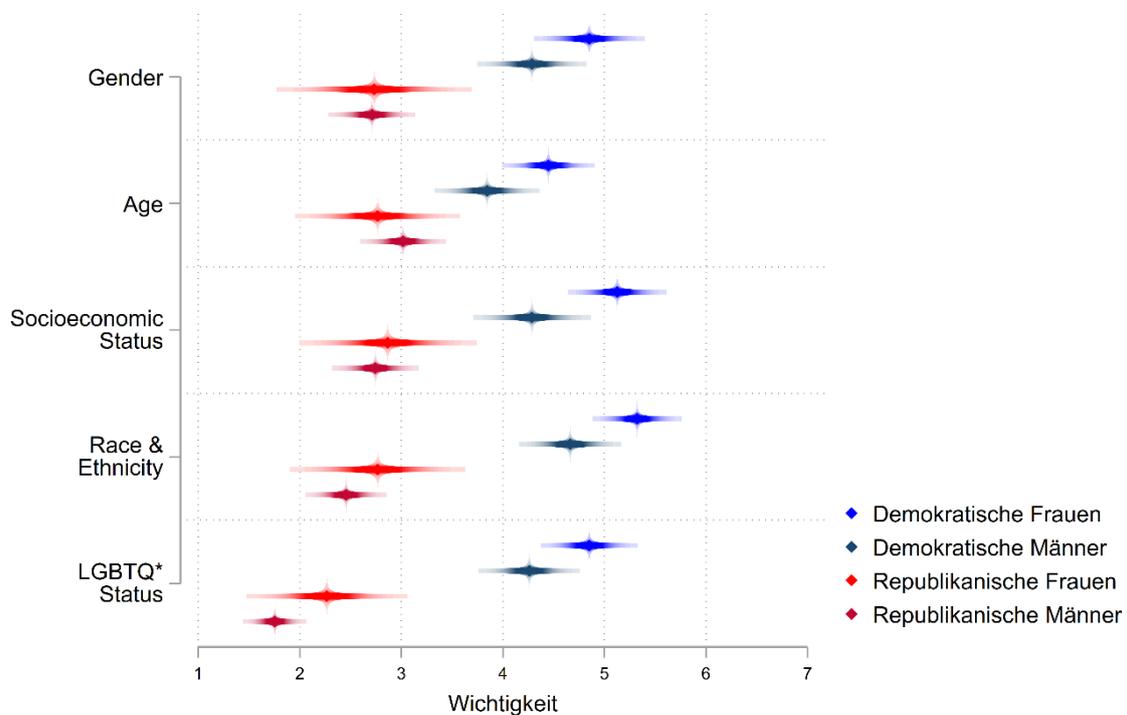
Insgesamt hat die Meinung der Partei die niedrigste Priorität, während die Meinung der Wählenden sowie der Abgeordneten selbst relativ eng beieinander liegen. Die Demokratischen Abgeordneten zeigen eine leichte Präferenz für die eigene Meinung, während die Republikanischen Abgeordneten tendenziell die Meinung der Wählenden vorziehen.

Tabelle 4: Durchschnittlicher Rang in den Repräsentationsstil-Fragen.

	Wählende	Selbst	Partei	N
Demokraten	1,61	1,49	2,90	159
Republikaner	1,59	1,64	2,77	140
Gesamt	1,60	1,55	2,84	301

Zudem wurden die Befragten aufgefordert, die Bedeutsamkeit deskriptiver Repräsentation basierend auf fünf Merkmalen, die im Parlament unausgewogen repräsentiert sind, zu bewerten. Die Parteizugehörigkeit ist bei diesen Fragen besonders maßgeblich für die Antworten (Abbildung 3). Demokratische Abgeordnete finden die deskriptive Repräsentation von jeder Gruppe signifikant wichtiger als Republikanische Abgeordnete, wobei die Wichtigkeit über die fünf Merkmale hinweg relativ konstant bleibt. Innerhalb der Demokratischen Abgeordneten lässt sich außerdem ein Unterschied basierend auf dem Geschlecht der Befragten erkennen. Bei allen fünf abgefragten Merkmalen geben Demokratische Frauen eine etwas höhere Bedeutung der deskriptiven Repräsentation an als männliche Befragte derselben Partei.

Abbildung 3: Durchschnittliche Relevanz der Repräsentativität der Parlamente nach Merkmalen.



Schließlich wurden die Abgeordneten gebeten, ihre eigenen Haltungen sowie die Haltungen ihrer Partei und der anderen Partei im zweidimensionalen Politikraum, das heißt auf einer wirtschaftspolitischen und einer kulturellen bzw. gesellschaftspolitischen 11-Stufen-Skala einzuordnen. Für die wirtschaftspolitische Skala wurde eine aktive, umverteilende Rolle der Politik (liberal⁴) einer Politik, die möglichst wenig in die Wirtschaft eingreift (konservativ³), gegenübergestellt. Für die gesellschaftspolitische Skala hatten Befragte anhand der Beispiele

⁴ Um Missverständnisse zu vermeiden, wurden in der Befragung anders als in Deutschland für beide Skalen die in den USA üblichen ideologischen Labels liberal und konservativ benutzt.

Abtreibung und gleichgeschlechtliche Ehe die Wahl zwischen einer Politik der persönlichen Freiheiten (liberal) und einer Politik der Ordnung und der traditionellen Werte (konservativ).

Wenig überraschend besteht eine große Lücke zwischen der Selbstwahrnehmung der Abgeordneten der beiden Parteien, die sich im Schnitt jeweils ungefähr in der Mitte der beiden diagonal gegenüber liegenden rechtskonservativen und linksliberalen Quadranten sehen. Die Einschätzung der eigenen Parteien liegt in beiden Fällen relativ nah an der Selbsteinschätzung, wobei die Republikanischen Abgeordneten sich auf der kulturellen Dimension etwas konservativer positionieren als ihre Partei. Interessant ist, dass die Abgeordneten beider Parteien die jeweils andere Partei in ihrer Radikalität überschätzen. Der Unterschied ist dabei allerdings, dass die Demokratischen Abgeordneten die Republikanische Partei vor allem wirtschaftlich radikaler einschätzen als es deren Abgeordneten tatsächlich sind, während die Republikanischen Abgeordneten die Demokratische Partei in erster Linie auf der kulturellen Dimension in ihrer Radikalität überschätzen.

Abbildung 4: Durchschnittliche Einordnung der Befragten selbst (Raute), ihrer Partei (Kreis) und der anderen Partei (Quadrat).

